

## RESOLUTION

Bern, 29. Mai 2015

SGB-DELEGIERTENVERSAMMLUNG

### **DURCHMARSCH DER SERVICE-PUBLIC-ABBAUER VERHINDERN JA ZU RADIO- UND FERNSEHGESETZ AM 14. JUNI!**

Die Abstimmung über die Revision des RTVG, über die geräteunabhängige Radio- und Fernsehgebühr, ist zu einem Angriff gegen die SRG ausgeartet. Mit allen Mitteln betreiben der Gewerbeverband und rechtsbürgerliche Kreise den Abbau des Service public. Die SRG soll schrumpfen, damit private Medienhäuser ein grösseres Stück vom Kuchen abschneiden können. Und damit sich die Meinungsbildung von rechts durchsetzen kann.

Damit geht es am 14. Juni mittlerweile um viel mehr als nur um eine neue Regelung der Gebühren. Die Gegner der SRG wissen genau, dass nur die geräteunabhängige Gebühr längerfristig den Service public in der ganzen Schweiz sichert, denn immer mehr Leute konsumieren Fernsehen und Radio via Internet, über Tablet und Handy. Wenn aber die Gebühreneinnahmen sinken, ist in unserem mehrsprachigen Land ein Vollprogramm in allen Landesregionen nicht mehr zu finanzieren. Und der Berlusconiisierung der Schweizer Medienlandschaft würden Tür und Tor geöffnet. Denn Blocher und Konsorten stehen schon in den Startlöchern, um sich nach BaZ und Weltwoche auch im Fernseh- und Radiomarkt breit zu machen.

Anders als private elektronische Medien hat die SRG den Verfassungsauftrag, ausgewogen und unabhängig zu berichten. Wer die SRG schwächt, gefährdet die demokratische Meinungsbildung. Verhindern wir den Durchmarsch der rechtsbürgerlichen Medienpolitiker und weisen die Interessen der Privatmedien in die Schranken!

Die reaktionäre Kampagne gegen die RTVG Revision muss bekämpft werden! Der SGB setzt am 14. Juni mit dem JA zusammen mit den Mediengewerkschaften ein kräftiges Zeichen für den Service public Auftrag der elektronischen Medien. Denn nur mit einem Ja schaffen wir die Voraussetzung für eine echte Debatte über einen zukunftsfähigen Service Public in der Schweiz.